gesichts der neuesten unerfüllbaren Reparationsforderungen muß diese geradezu provozierende Ausnutzung der Notlage der wirtschaftlich schwachen Arbeitnehmer- und Verbraucherschichten durch die eigenen Volksgenossen als ganz besonders verwerflich bezeichnet werden. Die vom Deutschen Beamtenbund vertretene deutsche Beamtenschaft, die nach wie vor bereit ist, Regierung und Volk bei den aus der verzweifelten Lage Deutschlands entstehenden Aufgaben durch Erfüllung ihrer dienstlichen und staatsbürgerlichen Pflichten zu unterstützen, verlangt auf der anderen Seite,

daß die wirtschaftlichen und steuerlichen Lasten in gerechter Weise auch auf die Schultern der besitzenden Schichten gelegt werden,

und daß Regierung und Parlament sowie alle Verwaltungs- und Vollzugsorgane mit äußerster Entschiedenheit gegen Wucher und Schiebertum, Kapital- und Steuerflucht vorgehen. Insbesondere fordert der Bundestag, im Sinne der vom Bundesvorstand der Reichsregierung vorgelegten Anträge, **Beibehaltung und Ausbau des Umlageverfahrens für Getreide und Einführung des Umlageverfahrens für Kartoffeln der Ernte 1922,** sowie stärkere Heranziehung der organisierten Beamtenschaft zu der Vorbereitung und Durchführung wirtschaftspolitischer Maßnahmen neben den übrigen Arbeiter- und Verbraucherorganisationen."

Der Bundestag nahm gleichfalls mit allen Stimmen eine Entschließung an, in der der Deutsche Beamtenbund den im besetzten rheinischen Gebiet wohnenden und tätigen Beamten seine volle Solidarität und Unterstützung in jeder Weise ausspricht. Nachdem noch beschlossen worden war, als nächsten Tagungsort des Bundestages Berlin zu wählen, erfolgte die Wahl von weiteren drei Vorsitzenden. Es wurden gewählt: Zugführer Geringhoff, Münster (Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahnbeamten), Postsekretär Kugler, Berlin (Reichsgewerkschaft), und Oberregierungsrat Reidhardt, München (Bayerischer Bauernbund).

Mit einer Ansprache des Ersten Bundesvorsitzenden Flügel wurde der Bundestag geschlossen.

Der Mißerfolg des Berliner Kongresses.

Die Zweite baut ab.

Der „Vorwärts" veröffentlicht das folgende Schreiben aus dem Bureau des sozialdemokratischen Parteivorstandes:

„Die Konferenz der drei Exekutivkomitees der Internationalen hat beschlossen, daß am 30. April und, wo dies aus technischen und organisatorischen Gründen nicht möglich ist, am 1. Mai in allen Ländern „kraftvolle, möglichst geeinte Massenkundgebungen" für die in dem gemeinsamen Aufruf festgestellten Forderungen veranstaltet werden sollen, die auch bereits in dem Maiaufruf des deutschen Parteivorstandes enthalten sind.

Die K. P. D.-Zentrale richtet nun an den deutschen Parteivorstand die Aufforderung, am 30. April in Deutschland gemeinsame Massenkundgebungen zu veranstalten. Hierzu hat der Parteivorstand folgendermaßen Stellung genommen:

In dem Neunerkomitee der internationalen Konferenz haben die Vertreter der Zweiten Internationale bereits darauf hingewiesen, daß in verschiedenen Ländern und auch in zahlreichen deutschen Städten es nicht möglich sein wird, an zwei so kurz aufeinanderfolgenden Tagen — 30. April und 1. Mai — eindrucksvolle Kundgebungen zu veranstalten. Sie erklärten sich jedoch mit gemeinsamen Kundgebungen durchaus einverstanden, wenn die Gemeinsamkeit in allen Ländern garantiert würde.

Das scheiterte an der Ablehnung der kommunistischen Internationale, die sich weigerte, auch für Rußland die Gemeinsamkeit der Kundgebungen mit Menschewiki und Sozialrevolutionären zuzugestehen. Deshalb wurde in der gemeinsamen Resolution von der Verpflichtung zu gemeinsamen Kundgebungen Abstand genommen.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands lehnte es ab, in Deutschland gemeinsame Kundgebungen mit den Anhängern der Dritten Internationale zu veranstalten, während in Rußland unsere Parteigenossen gewaltsam verhindert werden, an den gleichen Kundgebungen teilzunehmen. Er fordert die Parteiorganisationen allerorts auf, zur Frage der Kundgebung am 30. April bezw. 1. Mai Stellung zu nehmen. Gemeinsame Kundgebungen kann der Parteivorstand aus den oben angeführten Gründen nicht empfehlen."

Das bedeutet, daß die Berliner Konferenz der Internationalen nicht nur kein positives Ergebnis gezeitigt, sondern im Gegenteil die Kluft vergrößert hat.

Das Geburtstagskind.

Wir lesen in der gestrigen Abendausgabe unserer lieben „Kreuzzeitung":

„General Ludendorff feiert am 9. April seinen 57. Geburtstag. Wir wissen, daß allen Schmähungen und Angriffen zum Trotz der bessere und weitaus größere Teil des deutschen Volkes in tiefer Verehrung fest zu seinem Helden steht. Am heutigen Tage bringt es dem kühnen Feldherrn, dessen Name im Weltkrieg zum erstenmal ehrenvoll erwähnt wurde, als er an der Spitze seiner Truppen die feste Lüttich stürmte, die herzlichsten Wünsche dar. Möge es dem in Krieg und Frieden bewährten Führer beschieden sein, noch in frischer Gesundheit den Aufstieg unseres Volkes aus der selbstverschuldeten Schmach zu erleben."

Was der weitaus größte Teil des deutschen Volkes „seinem Helden" wünscht, wollen wir aus Gründen der Höflichkeit verschweigen.

Die Frage des § 175.

Beibehaltung oder Abschaffung? Die Ausbreitung der Inversion.

Der Standpunkt der Kriminalpolizei. — Die Lage im Reichstag.

Alles geht vorüber. Auch die Verschleppung unserer Strafrechtsreform. Es wird nicht lange mehr dauern, und der Reichstag wird vor der Feuerprobe seines Kulturwillens stehen. Denn eine große Reihe von Aenderungen geltender Normen wird das Bekenntnis zur Kultur und den vollen Mut der Verantwortung fordern. Keine aber soviel wie der Sturz des § 175, der eine traurige Berühmtheit erlangt hat, die ihn längst zum Gespött aller ehrlichen Freiheits- und Sittlichkeitskämpfer gemacht hat.

Trotzdem gibt es kaum irgendeine infolge ihrer Abartung so unglückliche Minderheit wie die jener Menschen, deren Fühlen von Natur aus nun einmal ein gleichgeschlechtliches ist und die zur Schmach des sie tief erniedrigenden Hohns aller denkfaulen Mucker noch die Schande einer staatlich sanktionierten Verfolgung zu tragen haben. Ueber das Wesen ihrer sexualen Erscheinung gibt es nur eine Stimme: physische Ausnahmewesen, deren Neigung samt Verfolgung, ob es sich um Männer oder Frauen handelt, niemanden schädigt und kein Recht dritter Personen verletzt. „Denn es (die Tat) Wollenden geschieht kein Unrecht", dieser alte Fundamentalsatz der Delikttbestimmung kommt mit ganz vereinzelten Ausnahmen angesichts der in Frage stehenden Tatbestände in Anwendung, und wo Uebertretungen resp. Erweiterungen (zwei Beispiele: Oeffentlichkeit, Verführung Minderjähriger usw.) passierte, da gibt es andere, bereits längst bestehende Schutzparagraphen als Hilfsmittel gegen derartige Exzesse. Juristisch ist § 175 nicht haltbar, wenn man sich nicht auf den Dogmenstandpunkt mittelalterlicher Inquisitionsrichter stellt.

Zudem trifft das bestehende Gesetz keineswegs die dagegen Verstoßenden. Wie mir von amtlicher Seite, die seit Jahrzehnten diese Frage kriminalpolitisch zu bearbeiten hat, mitgeteilt wird, sind die Gerichtsfälle im Verhältnis zur Zahl der Gleichgeschlechtlichen lächerlich gering. Es gibt

Strafkammern, bei denen im Laufe von zehn Jahren nicht ein einziger Fall aus dem § 175 vorlag,

und in Berlin, das rund 50 000 männliche Homosexuelle birgt, stehen im Jahre vielleicht dreißig Verhandlungen wegen dieses „Delikts" an. Dessen internationaler Name als „le vice allemand" (deutsches Laster), der seit dem Eulenburg-Prozeß aufgekommen war, überhaupt irreführend ist, da Deutschland, das etwa zwei Prozent Gleichgeschlechtliche unter seiner Bevölkerung zählt, mit dieser Zahl unter den Nationen fast an letzter Stelle steht.

Wenn in der letzten Zeit die allgemeine Aufmerksamkeit etwas stärker das Vorhandensein dieser dem normalen Empfinden fremden Menschen merkt, so kommt das einfach daher, daß heute jeder erotische Komplex sich im Nachlassen der Hemmungen schärfer nach außen abhebt. So gibt es in Berlin gegen die früheren vierzig Speziallokale zurzeit hundert, die in allen Gegenden, besonders im Südwesten der Stadt, zu finden sind, desgleichen finden die bekannten, im Verbandsorgan „Die Freundschaft" angezeigten Bälle in nicht mehr versteckter Form statt.

Die hauptstädtische Kriminalpolizei steht auf dem billigsten werten Standpunkte, möglichst nur bei Verletzung der Rechte Dritter einzugreifen, und wendet sich also mit ihren Maßnahmen gegen die Verführung der Jugendlichen, die männliche Prostitution (der „Strich" vom Brandenburger Tor bis zum Kemper-Platz ist weit über hundert Jahre alt) und die Verletzung des öffentlichen Anstandes. Sie unterscheidet sich mit dieser Loyalität des gesunden Menschenverstandes erheblich vom Verhalten der Behörden im Reich, die mit allen erdenklichen Mitteln auf ihre moderne Menschenjagd gehen, aber nur erreichen, daß das Expressertum, das gerade in diesem Fall üppig im Kraut steht, in ihren Bezirken zehnfach größer und übler ist als in Berlin.

Natürlich ist es der Menge schwer, dem Homosexuellen gegenüber eine gerechte oder verstehende Einstellung zu finden. Sie spürt eine ihr unerklärliche und meist auch nicht sympathische Andersartigkeit und ist ihr, wie jeder Ausnahme, feindlich gesinnt. Dagegen hilft nur Aufklärung durch die berufenen Führer der Massen. Und das sind in gewissem Sinne die Reichsboten. Wie aber soll ein in medizinischen und psychologischen Fragen Unwissender wirkliche Klarheit über eine Lebenshaltung bekommen und glauben, wenn sie das Strafgesetzbuch mit sonst nur bei gemeinen Verbrechen angedrohten Strafen bedroht.

Ob der § 175 fallen wird, ist allerdings sehr zweifelhaft. Dem Reichstag liegt eine seine Beseitigung fordernde Petition vor, die dreihundert und mehr der führenden Deutschen unterschrieben haben. Es ist dieselbe, die seit 1897 mehrfach eingereicht wurde und sich damals schon auf Namen wie die der Professoren Krafft-Ebing, Eulenburg, Reissner, Erb, Laband, v. Liszt, der Künstler Bierbaum, Brahm, v. Gottschall, Liliencron, Wildenbruch u. a. stützen konnte. Heute stehen Gerhart Hauptmann, Einstein und ähnliche Männer von Klang für die Abtragung der Kulturschmach ein. Und, vor allem wichtig, eine Anzahl Parlamentarier. So von den Demokraten Dernburg und Professor Schücking. Auch die früheren Liberalen Kruse und Mugdan (jetzt Volkspartei), Potthoff und Gothein haben stets eine verständige Haltung gezeigt. Die Mehrheitssozialisten dürften sich heute restlosen zu den Anschauungen ihrer einstigen Führer Bebel und Lassalle bekennen, und die Unterschriften des „Vorwärts"-Chefredakteurs Stampfer und des Justizministers Radbruch scheinen Gewähr dafür. Kautsky und Hilferding bieten solche für die U. S. P. Die Kommunisten sind ausnahmslos für, die Deutschnationalen ebenso gegen den Sturz des § 175. Im Zentrum und der Deutschen Volkspartei werden sich nur wenige Aufrechte finden, die Demokraten sind als Gesamtheit vermutlich gespalten.

Mit einem Wort: die Aussichten der Abschaffung des § 175 sind nicht günstig.

Dabei handelt es sich doch wahrlich nicht um eine Parteifrage (außer für das Zentrum, das ja auch heute noch für die strikte Unlöslichkeit jeder, gleichgültig wie beschaffenen Ehen auf Grund seiner religiösen Orientierung eintreten würde), und es ist eine traurige und rührendbeschämende Tatsache, daß z. B. wie Kurt Hiller in seinem prächtigen Kampfbuch voll mächtiger Fechterlust und Hiebkraft: „§ 175: die Schmach des Jahrhunderts" (bei Steegemann, Hannover) anführt, 75 Prozent aller Invertierten deutschnational wählt, also die Partei, die sie selbst ins Zuchthaus steckt.

So besteht die Gefahr, daß vom grünen Tisch aus, wo ein paar ehrpusselige Wissenschaftsbeamte, die in allen diesen Fragen nie nach dem tatsächlichen Leben, sondern nach Abstraktionen ihrer Schulweisheit zu urteilen pflegen, wiederum eine Erneuerung unserer Ethik vom Recht auf sich selbst bereitelt wird. Und doch ist der Satz: „Kehre jeder vor eigener Tür" selten so berechtigt gewesen wie hier. Er gilt aber auch vor allem für jenen Teil der Invertierten, die unpolitisch genug sind, ihren Kampf als Mittelpunkt aller Weltaktionen darstellen zu wollen. Das ist der typische Irrtum aller Minderheiten, ohne dessen innerliche und äußerliche Beseitigung sie nur wenig erreichen werden.

M. G.

Der internationale Studentenkongreß.

Eröffnung in Leipzig.

Leipzig, 8. April. (W. T. B.)

Heute vormittag wurde die internationale Studentenkonferenz, zu der Vertreter aus etwa 15 Ländern sowie von verschiedenen ausländischen Studentenorganisationen erschienen sind, im Senatssaal der Universität feierlichst eröffnet. Als Vertreter der Reichsregierung waren Reichsminister des Innern Dr. Köster und Staatssekretär Schulz erschienen. Der Vorsitzende des Auslandsamtes der deutschen Studentenschaft, Zimmermann, betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß die Leipziger Veranstaltung sich in keiner Weise gegen andere Organisationen richte, die sich die internationale Zusammenarbeit unter den Studenten zum Ziele gesetzt haben. Sie halte sich fern von Politik und wolle nur der Arbeit gewidmet sein. Als Hauptaufgabe bezeichnete er die Organisation eines internationalen Studentenausschusses, die Vermittlung eines internationalen Briefwechsels und Bücheraustausches, ferner die Beratung über die Errichtung eines internationalen Sanatoriums für tuberkulöse Studenten in der Schweiz und das Hilfswerk für die russischen Studenten. Reichsminister des Innern Dr. Köster übermittelte die Grüße des Reichspräsidenten. Zum Schluß wandte sich der Minister an die anwesenden Ausländer und bat sie, Deutschland zuzusehen, wie es in Wirklichkeit ist, und sich nicht von der Scheinblüte der deutschen Wirtschaft täuschen zu lassen. Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall und Händeklatschen aufgenommen.

Das Schwedenballett. Das erste, hier ausführlich gewürdigte Programm des im Theater des Westens auftretenden Schwedischen Balletts hat eine Aenderung und, wie anerkannt werden muß, eine Vertiefung erfahren. Neben der eindrucksvollen „Johannisnacht" sieht man jetzt André Hellés gewürdigte Komposition „Die Spielzeugschachtel" und „Das Grabmal des Couperin", das in seiner Vollendung die vielleicht schönste Schöpfung der schwedischen Gäste darstellt: Laprade (als Zeichner), Ravel (Musik) und Berlin (als Regisseur) vereinigten sich zu einer Arbeit von seltener Harmonie. Das Publikum begrüßte die neuen Stücke mit starkem Beifall. webe.

Verantwortliche Redakteure: für innere Politik, Feuilleton und „Tägl. Unterhaltungsblatt": Karl Vetter-Berlin-Reutölln; für äußere Politik: Henning Duderstadt-Berlin; für Groß-Berlin und den übrigen Teil des Blattes: Heinrich Heppenheimer-Berlin; für den Inseratenteil: Paul Grätz-Berlin-Schöneberg.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse-Berlin.
Hierzu 3 Beiblätter.